1. Einleitung

1.1 Fragestellung und Zielsetzung

Als die Berliner Mauer am 9. November 1989 fiel, brach auch der erste deutsche »Arbeiter- und Bauernstaat« zusammen. Damit gingen nicht nur mehr als 40 Jahre Alleinherrschaft der SED zu Ende, sondern auch das »antifaschistisch-demokratische« Experiment, dessen Grundlagen nach dem Zweiten Weltkrieg die sowjetische Besatzungsmacht zusammen mit der KPD/SED geschaffen hatte. Die entscheidende Rolle bei der Durchsetzung des SED-Regimes spielte dabei die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). So kam auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Diktatur in Deutschland« in ihrem Abschlußbericht vom 17. Juni 1994 zu dem Schluß: »Die Verantwortung für den Aufbau der SED-Diktatur trug in der Stalin-Ära, in der Moskau jede politische Maßnahme diktierte, die sowjetische Führung.«¹

Die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland gehörte zu den bislang nur schwer zu erforschenden Themengebieten der Zeitgeschichte. Denn unter den Vorzeichen des Ost-West-Gegensatzes hatten nur ausgewählte Vertreter der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft aus der UdSSR und der DDR begrenzten Zugriff auf archivalische Quellen. Sie waren allerdings einer ideologisch determinierten Interpretation verpflichtet und vermittelten in eindeutig apologetischer Absicht den Eindruck, als habe es sich bei den politischen Umwälzungen in der SBZ um Initiativen und Maßnahmen deutscher Stellen gehandelt, die lediglich durch die sowjetische Besatzungsmacht flankiert worden seien.

Daß dies keineswegs so war, behauptete die westliche Deutschlandforschung schon seit langem.² Sie konnte sich dabei allerdings nur auf gedrucktes Material und westliche Archive stützen. Seit sich nach den politischen Umwälzungen in der DDR die Archive der SED für die Forschung öffneten, konnten neuere Beiträge solche Behauptungen erstmals bestätigen und den bisherigen Kenntnisstand erweitern.

Allerdings lassen die ostdeutschen Archivalien kaum Rückschlüsse auf Intentionen, interne Einschätzungen und Planungen der sowjetischen Besatzungsmacht zu. Die an sich evidente sowjetische Lenkung des politischen Transformationsprozesses in der SBZ kann trotz der veränderten Archivlage in Deutschland ohne sowjetische Quellen nicht zufriedenstellend rekonstruiert und belegt werden.

1 Bericht der Enquete-Kommission.

2 Vgl. z.B. Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik; vgl. Fischer: Ploetz; vgl. Weber: DDR.

Ziel und Leitfrage dieser Studie ist es, anhand erstmals zugänglicher sowjetischer Dokumente die bislang nur sehr schwer nachzuweisende direkte sowjetische Einflußnahme und den spezifischen Anteil der SMAD bei der Herausbildung und Ausgestaltung des politischen Systems der sowjetischen Besatzungszone für die Jahre 1946 bis 1948/49 herauszuarbeiten. An dieser Stelle muß jedoch von vornherein eine wichtige Einschränkung vorgenommen werden. Bis heute sind russische Archivalien zur sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland für die Jahre 1945 bis 1949 nur eingeschränkt zugänglich. Gemäß einer Weisung des russischen Präsidenten Jelzin sollte diese restriktive Archivpolitik beibehalten werden, bis der letzte Soldat der Gruppe der Weststreitkräfte deutschen Boden verlassen hatte.³ Folgt man jedoch jüngsten Äußerungen russischer Historiker, dann bleibt es zweifelhaft, ob sich nach jenem Ereignis auf absehbare Zeit grundsätzlich etwas ändern wird.

Angesichts des nach wie vor restriktiven Aktenzugangs beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf die Analyse von Aspekten, zu denen anhand der verfügbaren sowjetischen Materialien fundierte Aussagen gemacht werden können. Das gilt für die Herbstwahlen des Jahres 1946 und für Teilaspekte der daraus hervorgegangenen Parlaments- und Regierungsstrukturen in der SBZ.⁴ Wenn dies zum Gegenstand der Studie gemacht wurde, dann sprachen, abgesehen von der geschilderten Quellenlage, hauptsächlich zwei Überlegungen dafür: Einerseits stellten beide Bereiche wesentliche Bestandteile des politischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone dar; Wahlen, Parlaments- und Regierungssystem boten sich andererseits als Untersuchungsgegenstand an, da sie in der Frühphase der SBZ im Gegensatz zur späteren DDR noch durch pluralistisch-föderalistische Elemente, durch ein Mehrparteiensystem und damit durch eine gewisse Vielfalt gekennzeichnet waren und sich somit deutlich von den politischen Strukturen und Verhältnissen der stalinistischen Sowjetunion unterschieden. Gerade aufgrund dieser besonderen Konstellation lassen sich aufschlußreiche Erkenntnisse darüber gewinnen, wie die Sowjetische Militäradministration und deren Kontrolloffiziere unter ihnen völlig fremden Rahmenbedingungen ihre Besatzungspolitik gestalteten.

Um die Politik der SMAD für den Untersuchungszeitraum besser einordnen zu können, ist der Darstellung ein Kapitel über den Aufbau ihres politischen Kontrollapparats vorangestellt. Darin werden die organisatorisch-administrativen Anfänge der SMAD und ihrer Vorläufereinrichtungen charakterisiert. Dabei soll untersucht werden, inwieweit es gezielte Planungen für und

3 Vgl. Kreuzberger/Veltmeijer: Moskauer Archive S. 279. Ausführlicher zur Archivalie in Rußland Kapitel 1.3 der vorliegenden Arbeit.

4 Mit weiteren Aspekten sowjetischer Besatzungspolitik, so etwa auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Reparationen, setzt sich die vorliegende Studie aufgrund der unzureichenden sowjetischen Quellenlage nicht auseinander. In Moskau steht einer umfassenden Aufarbeitung dieser Themenkomplexe insbesondere die Befürchtung im Wege, daß aus der Offenlegung der sowjetischen Reparations- und Wirtschaftspolitik möglicherweise deutsche Restitutionsansprüche erwachsen könnten.

Vorbereitungen auf die bevorstehenden besatzungspolitischen Aufgaben gegeben hat, wie die ersten Tage und Wochen sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland aussahen und warum es im Juni 1945 zur Gründung der Sowjetischen Militäradministration kam. Die Struktur der SMAD interessiert insofern, als sie deutlich macht, welche Persönlichkeiten und Verwaltungsstellen maßgeblich mit den politischen Umgestaltungsprozessen in der sowjetischen Besatzungszone befaßt waren. Zudem ist zu klären, wie sich einerseits die politische Lenkung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland durch die obersten Moskauer Führungsorgane, andererseits die Anleitung der untergeordneten Militärverwaltungsorgane durch die SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst gestaltete und welche politischen Handlungsspielräume sie besaßen.

Am Beispiel der Herbstwahlen des Jahres 1946, auf deren Grundlage sich die Parlaments- und Regierungsorgane in den fünf Ländern und Provinzen der SBZ konstituierten, sollen anschließend Politik und Wirkungsweise der SMAD exemplarisch vorgeführt und nachgewiesen werden, in welcher Weise die sowjetischen Militärverwaltungsorgane auf die politische Vorherrschaft der SED hinwirkten. Es werden Einblicke in damit zusammenhängende Planungen, Zielvorstellungen, politische Lageanalysen sowie Entscheidungsprozesse innerhalb der SMAD und – soweit es die Aktenlage zuläßt – innerhalb der Moskauer Führungsgremien im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei (VKP(b)) gegeben. Im Blick auf die Wahlen, auf das Parlaments- und Regierungssystem ist gleichermaßen zu untersuchen, welche Funktion die politischen Parteien im Konzept der Militäradministration einnahmen und in welchem Umfang sie Einfluß auf deren Politik ausübte. Damit verknüpft stellt sich die Frage nach den politischen Handlungsspielräumen der sowjetzonalen Parteien, ob bzw. welche Möglichkeiten sie besaßen, den Wahlkampf oder einzelne parlamentarische Prozesse selbständig zu gestalten. In diesem Zusammenhang wird nach dem Sonderverhältnis zwischen SMAD und SED gefragt. Darüber hinaus wird untersucht, welche Funktion verschiedene Wählerschichten, gesellschaftspolitische Gruppierungen und Institutionen, allen voran die Kirchen in der SBZ, im wahltaktischen Konzept der Sowjets einnahmen. Nach Möglichkeit soll dargelegt werden, wie die untergeordneten Militärverwaltungsorgane die Vorgaben der SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst praktisch umsetzten.

Aufmerksamkeit wird dem Berliner Wahlkampf gewidmet, der unter den Bedingungen der alliierten Vier-Mächte-Kontrolle organisiert werden mußte. Der Gesamtkomplex Wahlen endet schließlich mit Betrachtungen, wie das Wahlergebnis von den sowjetischen Stellen in Deutschland und in Moskau bewertet wurde, welche Auswirkungen dies für die SMAD und deren weitere Politik gegenüber den zu errichtenden parlamentarischen Institutionen und Regierungsorganen in der sowjetischen Besatzungszone hatte.

Aufschlüsse darüber sind durch die Analyse der sowjetischen Politik hinsichtlich der Konstituierung und der praktischen Arbeit der Volksvertretungen

und Landesregierungen zu gewinnen. Insbesondere ist zu klären, welche Rolle die SMAD Ende 1946/Anfang 1947 in den Verfassungsdiskussionen der fünf sowjetzonalen Landtage oder bei der Debatte etwa um die Nationalisierung der Bergbauunternehmen spielte und wann, wie und weshalb sie die zunächst gebilligten föderalen Parlaments-, Regierungs- und Verwaltungsstrukturen in der SBZ schrittweise durch die Lenkungsprinzipien des »demokratischen Zentralismus« ersetzen ließ. Die damit verbundene Entmachtung der Parlamente und Regierungen im sowjetisch kontrollierten Teil Deutschlands zeigte sich am deutlichsten in Berlin, als dort Ende November 1948 ein provisorischer Gegenmagistrat im Ostsektor der Stadt eingesetzt wurde. In diesem Zusammenhang ist der Anteil der SMAD an diesem Prozeß und der damit einhergehenden Ausschaltung der demokratisch legitimierten Regierungsformen zu rekonstruieren. Aus diesen Überlegungen ergeben sich nicht nur weitere Aufschlüsse über die Verantwortlichkeiten innerhalb der vier Siegermächte für die Ende der vierziger Jahre voranschreitende politisch-administrative Spaltung der Vier-Mächte-Stadt; sehr deutlich zeigt sich gerade an diesem Beispiel, welches parlamentarisch-demokratische Verständnis die SMAD besaß.

Schließlich bietet sich auch Gelegenheit, die übergeordnete Frage zu reflektieren, ob sich aus dem Untersuchungsgegenstand Rückschlüsse auf deutschlandpolitische Vorstellungen und Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht ziehen lassen. Dieser Aspekt hat nicht zuletzt an historisch-politischer Aktualität gewonnen, seit der Essener Historiker Wilfried Loth in seiner neuesten Darstellung über die Geschichte der SBZ/DDR die Ansicht vertritt, daß die Sowjetunion und Stalin ein »parlamentarisch-demokratisches« Gesamtdeutschland »nach westlichen Maßstäben« angestrebt hätten.⁵

Abschließend bleibt zu bemerken, daß in der vorliegenden Untersuchung nicht alle Aspekte der parlamentarischen Entwicklung in der SBZ berücksichtigt werden konnten. Das gilt beispielsweise für die Probleme der Volkskongreßbewegung, für die Einheitslistenwahlen zum 3. Volkskongreß im Mai 1949 oder für die Gründung der DDR. Diese Darstellungslücke erklärt sich aus der geschilderten Situation im russischen Archivwesen. So bleibt es künftigen Forschungsarbeiten vorbehalten, sich diesen und anderen Bereichen der sowjetischen Deutschlandpolitik ausführlicher zu widmen.

1.2 Forschungsstand

Die Besatzungspolitik der vier alliierten Siegermächte in Deutschland findet schon seit langem das Interesse der Zeitgeschichtsforschung. In diesem Zusam-

5 Loth S. 223f. Ähnlich argumentiert der ehemalige Politische Berater der SMAD, Vladimir Semënov. In seinen 1995 veröffentlichten Memoiren behauptet er, Stalin wollte in der sowjetischen Besatzungszone das »Regime der Weimarer Republik« wiedereinführen. Semjonow S. 182 und S. 184.